

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/139

25. Juli 1975

Der Dialog mit dem Heiligen Stuhl

Zur Abberufung des Apostolischen Nuntius Bafile

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitglied
des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Seite 1 / 30 Zeilen

SPD fordert aktive Hilfe für Portugal

Der Demokratie muß jetzt eine echte Chance gegeben
werden

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 2 / 41 Zeilen

Die Europäische Union muß Realität werden!

Wir müssen die Möglichkeiten zur Gemeinsamkeit nützen

Von Dr. Peter Corterier MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments und des Außen-
politischen Bundestagsausschusses

Seite 3 bis 5 / 101 Zeilen

Nichts als ein Stimmenreservoir?

Vertriebenenverbände im Einflußbereich der CDU/CSU

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Auswärtigen und des Ausschusses für
innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Seite 6 und 7 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ecken

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telex: 09 86 646 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Der Dialog mit dem Heiligen Stuhl

Zur Abberufung des Apostolischen Nuntius Bafile

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitglied des Zentralkomitees
der deutschen Katholiken

Das 15jährige Wirken von Erzbischof Corrado Bafile als Apostolischer Nuntius und Doyen des Diplomatischen Corps in Bonn ist mit Recht in der gesamten deutschen Öffentlichkeit gewürdigt worden. Seine Berufung als Pro-Präfekt der Römischen Kongregation für die Heiligensprechungsprozesse ist eine hohe Auszeichnung für diesen Mann der Kirche.

Wer das Wirken von Erzbischof Bafile würdigt, kann nicht daran vorbeigehen, daß sich aus der Tatsache, daß der Nuntius sowohl Botschafter des Heiligen Stuhls ist, als auch in gewissem Umfange geistliche Aufsicht über die katholische Hierarchie ausübt, Spannungen und Probleme ergeben können. So lange eine Trennung dieser Aufgaben nicht erfolgt, wird es Probleme geben. Gerade deshalb ist zu würdigen, wie engagiert Erzbischof Bafile mit dazu beigetragen hat, in ökumenischem Geist Probleme zu lösen, die lange innenpolitisch mit den Themen Bekenntnisschule - Simultanschule verbunden waren.

Inzwischen sind während seiner Amtszeit die Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf diesem Gebiet rechtlich abgesichert und haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Staatsverträgen gefunden.

Wir wissen, daß mit ihm in Rom ein Mann wirken wird, der immer für unser Land sprechen wird und will, wenn er um Rat gefragt wird.

Schließlich steht der Heilige Stuhl vor der nicht einfachen Aufgabe, im Interesse der seelsorgerischen Betreuungsarbeit der Kirche in der DDR in den kommenden Jahren wichtige Überlegungen anzustellen. Der Heilige Stuhl war und ist immer zum Dialog bereit. Es wird nicht zuletzt auch an allen Beteiligten liegen, ob die Chancen dieses Dialogs genutzt werden.

(-/25.7.1975/ka/ee)

SPD fordert aktive Hilfe für Portugal

Der Demokratie muß jetzt eine echte Chance gegeben werden

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In ihrer Sitzung zur Vorbereitung der Sondersitzung des Bundestages über die Ergebnisse der KSZE hat sich die SPD-Fraktion eindeutig für Hilfeleistungen an Portugal ausgesprochen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sehen keinen Sinn darin, Kredite erst für den Fall anzukündigen, daß der politische Formungsprozeß in Portugal im Sinne einer pluralistischen Demokratie abgeschlossen ist. Es ist leichtfertig, den Kampf um die - auch und gerade von der SPD angestrebte - Demokratie in Portugal nicht vor seinem Ende unterstützen zu wollen. Dies ist vielmehr gerade angesichts der Tatsache erforderlich, daß die politischen Verhältnisse in Portugal ein halbes Jahrhundert lang von einem totalitären Regime bestimmt worden sind. Diese Entscheidung mußte von der SPD-Bundestagsfraktion und der Koalitionsregierung allein getroffen werden, denn die denkwürdigen Ungereimtheiten der Opposition zu diesem Thema stellen keinen ernst zu nehmenden Beitrag dar.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird also trotz der Entscheidung der EG in Brüssel, ein Junktim zwischen pluralistischer Demokratie und Hilfe herzustellen, seine Vorbereitungen zur Auszahlung eines bilateralen Kredits in Höhe von 70 Millionen DM weiter vorantreiben. Gespräche über damit zu finanzierende konkrete Projekte sind bereits mit portugiesischen Stellen geführt worden, die prozeduralen Fragen werden hoffentlich in wenigen Wochen abgeschlossen sein.

Vielleicht wird durch einen Kredit der Bundesregierung die nahezu auf den Nullpunkt gesunkene Investitionsneigung der deutschen Industrie in Portugal stimuliert. Bundesdeutsche Firmen sind die größten ausländischen Anleger des Landes, und von ihrer Haltung kann eine Signalfunktion für die übrige Wirtschaft Portugals und die Investoren aus anderen Staaten ausgehen. Dazu bedarf die deutsche Industrie aber auch der Unterstützung durch die zuständigen Institutionen in der Bundesrepublik. So ist es dem Demokratisierungsprozeß und der wirtschaftlichen Gesundung Portugals nicht dienlich, wenn der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG), der als beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit immerhin die Notwendigkeit politischer Entscheidungen gekannt haben muß, von privaten Investitionen abrät. Ebenso politisch muß entschieden werden, daß deutsche Kapitalanlagen in Portugal weiterhin durch Bundesgarantien abgesichert werden.

In Portugal findet zurzeit ein heftiges Ringen um die Demokratie statt. Die Befürchtung ist berechtigt, daß das politische Pendel weit nach rechts, und nicht, wie einige erwarten, zu einer Linksdiktatur ausschlagen könnte. Um beides zu verhindern, müssen alle daran interessierten Kräfte zusammenarbeiten. SPD und Bundesregierung sind dazu bereit. (-/25.7.1975/bgy/ho)

Die Europäische Union muß Realität werden !

Wir müssen die Möglichkeiten zur Gemeinlichkeit nützen

Von Dr. Peter Carterier MdB

**Mitglied des Europäischen Parlaments und des Außen-
politischen Bundestagsausschusses**

Die Frage muß gestellt werden, ob diese Zeit der seit Jahren andauernden Stagnation der Gemeinschaft wirklich der geeignete Zeitpunkt ist, um über die Zukunft der Gemeinschaft bis über 1980 hinaus nachzudenken, nachdem die meisten guten Vorschläge und Ideen der letzten Jahre nicht verwirklicht werden konnten. Zwei Silberstreifen am Horizont - das positive Ergebnis des britischen Referendums und die Rückkehr Frankreichs in den Europäischen Währungsverbund - ermutigen uns jedoch, das wiederholte Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs zur Politischen Union beim Wort zu nehmen. Zwar wird nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Union nicht bis 1980, sondern nur schrittweise in Etappen verwirklicht werden können. 1980 aber muß, was bisher auf dem Wege zur politischen Föderation erreicht wurde, abgesichert sein, damit ein Auseinanderfallen der Gemeinschaft nicht mehr möglich ist, und es müssen die Fundamente für den schrittweisen Aufbau der Europäischen Union geschaffen werden.

In der Übergangsphase bis 1980 wird dem Europäischen Parlament eine absolut zentrale Rolle zukommen. Die Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft verbindet die Tatsache, daß ihr politisches und staatliches Wollen und Handeln auf dem demokratisch gebildeten Willen ihrer Völker beruht. Die demokratische Initiation und Legitimation beherrscht deshalb auch die Erwartungen und Anforderungen, die unsere Mitbürger in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft an eine neue supranationale Verfassungsordnung stellen. Eine Verfassungsordnung, die ein Recht schaffen soll, das dem nationalen Recht oft sogar vorgeht, muß mehr noch als jede nationale Verfassung die Ordnung, die Rechte und die Freiheiten gewährleisten, auf denen allein hoheitliches Wollen und Handeln nach unserem Verständnis gegründet sein darf.

Aus der Sicht der Bürger der Europäischen Gemeinschaften ist deshalb die demokratische Struktur der Europäischen Union das wichtigste Anliegen

und Ordnungsprinzip. In diesem Sinne gilt es, den Willen der Staats- und Regierungschefs so zu verwirklichen, wie er in den Communiqués vom Oktober 1972 und Dezember 1974 zum Ausdruck gekommen ist. Die Schaffung einer einheitlichen institutionellen Struktur im Rahmen einer Europäischen Union kann erst am Ende einer längeren Entwicklung stehen. Da die Europäische Union von den bestehenden Realitäten ausgehen muß, liegt es an uns, diese Realitäten als möglichst tragfähige Grundlage einer supranationalen Verfassungsordnung auszugestalten. Daher müssen wir schon jetzt, ausgehend von den bestehenden Strukturen, institutionelle Verbesserungen vornehmen. Der stärkste Impuls zur Umformung und Fortentwicklung der Europäischen Union wird vom Europäischen Parlament ausgehen müssen. Es liegt an uns, den Auftrag des Pariser Gipfels vom Dezember 1974 hinsichtlich der Direktwahl so bald wie möglich zu erfüllen.

Wir müssen diesem Europäischen Parlament aber nicht nur die Direktwahl erkämpfen, sondern auch echte politische Kompetenzen. Hier besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Wir sind der Meinung, daß es undenkbar ist, daß eine lediglich beratende Versammlung - und die ist das Europäische Parlament bis heute weitgehend - von den Völkern Europas direkt gewählt wird. Wir können es den Menschen Europas nicht zumuten, ein Parlament zu wählen, das in Wirklichkeit keinen entscheidenden Einfluß auf die europäische Politik nehmen kann. Deshalb muß in unmittelbarem und untrennbarem Zusammenhang mit der Frage der Direktwahl der Kampf um die Ausweitung der Kompetenzen dieses Parlaments geführt werden. Darum wird es vor allem in den nächsten Jahren gehen.

Was speziell die Direktwahl angeht, so möchte ich zwei Forderungen anmelden. Wir erwarten, daß der Vorbehalt der britischen und der dänischen Regierung im Pariser Communiqué nach dem positiven Ausgang des britischen Referendums baldigst aufgehoben wird. Dann fordern wir, daß der Fatijn-Entwurf für die Direktwahl, der im Januar dieses Jahres verabschiedet worden ist, so rasch wie möglich auch vom Rat verabschiedet wird. Denn bei der Direktwahl werden auf europäischer und nationaler Ebene sehr langwierige

Vorbereitungen notwendig sein. Für die Gegner der Direktwahl bieten sich damit mehr Ansatzpunkte, als jedem von uns lieb sein kann; der nebelhafteste wäre, jetzt nicht schnell genug zu arbeiten, und damit die technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Wahl zu torpedieren. Der Beschluß des Rates über die Direktwahl muß deshalb auf jeden Fall bis zum Jahre 1976 gefaßt werden.

In der Übergangszeit ist eine weitere entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Politischen Union die größere Effizienz des Entscheidungsprozesses der Gemeinschaft. Darunter verstehen wir vor allem die Wiedereinführung des Mehrheitsprinzips bei den Ratsbeschlüssen. Über alle anderen Schwierigkeiten der europäischen Integration hinaus ist dieses Vetorecht das größte Hindernis für die Einigung Europas gewesen. Wir verlangen die Aufhebung dieses Vetorechts und verbinden damit die Forderung nach Öffentlichkeit der Ratstagungen, wenn es um die Gesetzgebung geht.

Die notwendige Neuordnung der Institutionen in der Schlußphase der Europäischen Union wird neben traditionellen Merkmalen föderale Elemente neuer Art beinhalten. Auf jeden Fall aber muß das Parlament gleichberechtigter Partner bei der Gesetzgebung sein und ein eigenes Initiativrecht besitzen. Das mit den Kennzeichen einer europäischen Regierung ausgerüstete unabhängige Entscheidungszentrum muß eigene Planungs-, Initiativ- und Exekutiv-Befugnisse auf den Gebieten haben, die in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen. Diese europäische Regierung muß dem Parlament gegenüber verantwortlich sein. - Darüberhinaus muß es ein Organ in dieser Europäischen Union geben, in dem die Rechte der Mitgliedstaaten wahrgenommen werden können.

Wir kennen die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Politischen Union und die noch weiterhin drohende Gefahr eines Scheiterns. Daher müssen wir jede Chance zur Gemeinsamkeit und zur gemeinsamen Lösung der Probleme wahrnehmen, die uns alle betreffen, damit die Europäische Union nicht nur ein Begriff bleibt, der durch die Gipfelkommuniqués geistert, sondern damit sie Realität wird.

(-/25.7.1975/ks/ee)

+ + +

Nichts als ein Stimmenreservoir ?

Vertriebenenverbände im Einflußbereich der CDU/CSU

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen und des Ausschusses für
innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Vertriebenentreffen sind in den letzten Jahren immer mehr zu Meetings von CDU/CSU-Politikern geworden. Dazu gehört nicht nur, daß viele landesmannschaftliche und sonstige Vertriebenenorganisationen CDU/CSU-Politiker an ihrer Spitze haben. Wegen des Mangels an Bonner Regierungsprominenz holt man sich, um nicht das Glanzes von Amt und Würden entbehren zu müssen, Ministerpräsidenten und Landesminister der CDU/CSU als Starredner für die Kundgebungen. Vertreter der Bundesregierung kommen nur noch selten, nachdem sie es in den letzten Jahren mehr als einmal erleben mußten, daß sie bei diesen Veranstaltungen sehr unfreundlich behandelt, wenn nicht gar beschimpft wurden. Wer geht schon gern zu einer Veranstaltung, die von einem Mann maßgeblich bestimmt wird, der die heimatvertriebenen Abgeordneten der größten Regierungspartei einmal als "Lakaien der Baracke" apostrophiert hat?

Die CDU/CSU ist also bei vielen Spitzenfunktionären der Vertriebenenverbände "en vogue". Da macht es gar nichts aus, daß die Junge Union kürzlich die Auflösung der Exil-CDU und der Union der Vertriebenen gefordert hat, und daß sowohl zahlreiche Gruppen des RCDS wie auch der Jungen Union für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintraten. Die mehr als unfeine Behandlung, die dem langjährigen Vorsitzenden der Union der Vertriebenen Dr. Gradl zuteil wurde, wird auch mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zugedeckt. Nur ab und zu wettet einmal einer hinter verschlossenen Türen, wenn man unter sich ist.

Obwohl die CDU/CSU sich wenigstens offiziell längst zu dem Grundsatz "pacta sunt servanda", Verträge, die geschlossen sind, müssen eingehalten werden, bekennt, wird nach wie vor fast die Werbetrömmel in den Verbänden

für die Opposition gerührt. Man rechnet mit dem kurzen Gedächtnis der Betroffenen.

Denn schließlich - vertriebenenfreundlich war die CDU/CSU nur dann immer, wenn es nichts kostete und die Besitzbürger ungeschoren blieben. Viele haben es heute vergessen, wie einmal verzweifelte Heimatvertriebene den damaligen CDU-Bundesvertriebenenminister Lukaschek in seinen Versammlungen verfolgten und statt frommer Sprüche endlich Taten sehen wollten. Heute mecht man der sozialliberalen Bundesregierung den Vorwurf, sie hätte den Lastenausgleich nur unzureichend erfüllt, ohne darauf hinzuweisen, daß die CDU/CSU-Regierungen seinerzeit die Weichen nach dem Motto des "Rheinischen Merkur" stellten, man müsse die Vertreibung als eine gottgewollte Heimsuchung hinnehmen und dürfe eigentlich gar keinen Anspruch auf Lastenausgleich erheben.

Kein Mensch spricht mehr in Vertriebenenversammlungen davon, daß es erst die Sozialdemokraten waren, die gegen den härtesten Widerstand der Unions-Parteien schließlich einen Lastenausgleich zustande brachten, der diese Bezeichnung verdiente. Aber auch danach hat man immer wieder versucht, diesen Lastenausgleich zu unterlaufen, so mit jenem famosen Antrag Schleswig-Holsteins, den dortigen Bauern die Lastenausgleichsabgabe zu streichen, und mit dem Versuch die Flüchtlinge aus der DDR vom Entschädigungsfond fernzuhalten, um die Hauptentschädigungen jener aufzustocken, die auf Grund ihres Vermögens ohnehin die größeren Entschädigungen erhalten haben.

Es könnte noch manches Kapitel zu diesem Thema geschrieben werden, freilich auch das der anderen Seite, wie etwa das der vorbildlichen Eingliederungspolitik der Vertriebenen in Hessen und Niedersachsen.

Aber nicht nur das: Auch die Bonner Ostpolitik ist von ganz anderen Maximen bestimmt, als man sie in CDU/CSU-Kreisen darstellt. Keinem SPD-Politiker ist es leicht gefallen, Wege zu gehen, die zu Konsequenzen wie der Aufgabe von Heimatgebieten der Ost- und Sudetendeutschen für die einstigen Bürger dieser Gebiete führen. Sie sind von uns nicht gewünscht, sie sind durch die Politik Hitlers und die damit herbeigeführten weltpolitischen Veränderungen erzwungen worden.

Aus dieser Situation ein Stimmenreservoir für Wahlen zu machen, das überlassen wir der CDU/CSU. Dies um so mehr, als die Wahlergebnisse immer wieder ausweisen, daß die heimatvertriebenen Wähler in der Bundesrepublik sehr wohl zwischen Taten und Worten zu differenzieren wissen.

(-/ 25.7.1975/ks/ho)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert